

WENN MENSCHENRECHTE VERSCHWINDEN

Bild: © Symbolbild

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Herausgeber:

Förderverein PRO ASYL e.V.

Postfach 160624

60069 Frankfurt/M.

Telefon: 069 / 24 23 14 0

Fax: 069 / 24 23 14 72

Internet: www.proasyl.de

E-Mail: proasyl@proasyl.de

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft Köln

IBAN DE70 3702 0500 5050 5050 50

BIC BFSWDE33XXX

Druck:

directpunkt GmbH

Ausschläger Allee 178

20539 Hamburg

Telefon: 040 237860 0

Veröffentlicht im Mai 2023

SCHLAGLICHTER: DIE VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE SCHUTZSUCHENDER AN DEN EU-AUSSENGRENZEN

Die Europäische Union und ihre Mitglieder haben einen fatalen Weg eingeschlagen. Um sich der menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Pflicht zu entziehen, Flüchtlingen Schutz und Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewähren, werden zweifelhafte und illegale Mittel eingesetzt. PRO ASYL hat immer wieder vor diesem Weg gewarnt. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre machen deutlich, dass die widerrechtliche Abwehr Schutzsuchender bewusst weiter vorangetrieben wird. Das Problem sind nicht einzelne »Grenzschilder«, die unkontrolliert Gewalttaten begehen. Das Problem ist, dass – von der Sperrung der Zugangswege weit vor Europas Grenzen bis hin zur Rechtlosigkeit Geflüchteter in den Lagern innerhalb der EU – Gewalt und repressive Maßnahmen systematisch ineinandergreifen.

Die, die draußen sind, sollen draußen bleiben. Und die, die es trotzdem in die EU schaffen, sollen entweder zurückgeschoben oder an den Außengrenzen festgesetzt werden. Unter dem starken Einfluss rechtspopulistischer Regierungen verlieren nicht nur Flüchtlinge in Europa ihr Recht, Europa verliert die Menschenrechte.

ZUSAMMEN MIT WARLORDS GEGEN FLÜCHTLINGE

Auf der tödlichsten Fluchtroute der Welt nehmen die Verwicklungen der EU, Italiens und Maltas in illegale Machenschaften kein Ende. Italien setzte auf der Basis des Berlusconi-Gaddafi-Vertrags 2008 zunächst auf eigene Aktionen und transportierte Bootsflüchtlinge mit Schiffen zurück nach Libyen. Dieses Vorgehen erklärte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2012 für illegal.

Seit 2016 organisieren Italien und die EU zusammen mit der von Warlords kontrollierten libyschen Küstenwache nun so genannte Pullbacks: Behörden aus der EU melden gesichtete Flüchtlingsboote an die libysche Küstenwache, diese bringt die Boote auf und schafft die Flüchtlinge zurück. In Libyen verschwinden viele von ihnen in berüchtigten Foltergefängnissen.

»DER SPASS IST VORBEI! AUCH ITALIEN WIRD ANFANGEN SEINE NATIONALEN INTERESSEN ZU VERTEIDIGEN.«

Giorgia Meloni, italienische Ministerpräsidentin, 2022*

Tote und Vermisste auf den Mittelmeer- Fluchtrouten 2022

Quelle: missingmigrants.iom.int

611 

1417 

378 

Abschrecken und Einsperren: Das neue EU-Flüchtlingslager auf Samos.



Mehrfach-Zäune mit Stacheldraht

Wachtürme

Flutlicht

Überwachungskameras

GRENZENLOSE UNMENSCHLICHKEIT

Der syrische Flüchtling Hassan Abdulkadi berichtet über den Tod seines erkrankten Bruders Akram im griechisch-türkischen Grenzgebiet am Fluss Evros: »Ich (habe) die Beamten angefleht, meinen Bruder ins Krankenhaus zu bringen ... Akram hat ... gesagt: Ich sterbe hier ... Dann kam ein Mann mit einem Holzstock, den er Akram zwei Mal in den Magen gerammt hat.« Obwohl der Schwerkranke Blut spuckte, wurde er zusammen mit Hassan und mehr als 20 anderen Flüchtlingen in einen Minibus gezwungen: »Dann hat Akram ein letztes Mal eingeatmet, und das war's.« Das Fahrzeug fuhr zum Evros. Hassan musste die Leiche seines Bruders zum Flussufer schleppen. Mit vorgehaltener Pistole am Kopf wurde er in den Fluss getrieben, in Richtung Türkei.*

»WIR MACHEN KEINE PUSHBACKS«.

Kyriakos Mitsotakis, griechischer Ministerpräsident**

Akrams Leiche fand man später auf der türkischen Seite des Evros. Unterstützt von PRO ASYL und der griechischen Partnerorganisation RSA (Refugee Support Aegean) hat Hassan Abdulkadir in Griechenland Klage erhoben.

PRO ASYL

Partner vor Ort:

Refugee Support
Aegean (RSA)

*fr.de, Alptraum eines Flüchtenden: Tod an der EU-Außengrenze, 23. November 2022

**bild.de, 12. April 2023, Flüchtlinge laufen großzügigen Leistungen hinterher

ORGANISIERTE STRAFLOSIGKEIT

Die von massiven Grenzanlagen umgebene spanische Exklave Melilla auf dem afrikanischen Festland gehört zur Europäischen Union. Pushbacks werden hier »heiße Abschiebungen« genannt.

Melilla, 24. Juni 2022: Drangsaliert von der marokkanischen Polizei versuchen mehrere Hundert Menschen, das Territorium der EU zu erreichen. Im Vorhof eines Grenztors werden sie eingekesselt und mit Tränengas beschossen. Grenzbeamte prügeln auf die Menschen ein. 133 gelingt die Flucht nach Spanien. 23 sterben.
Im Dezember 2022 stellt die spanische Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen ein.

Sam, 17, geflüchtet aus Süd-Kordofan im Sudan: »Sie (die spanische Polizei) lieferten uns an die Marokkaner aus, die anfangen, alle zu schlagen, bis viele bewusstlos waren ... Ich wurde auf zwei tote Körper geworfen ... nachdem sie mich brutal zusammengeschlagen hatten.«*

Ibrahim aus Nord-Darfur: »Anwar ... wurde direkt vor meinen Augen getötet. Es gab starken Tränengas-Beschuss ... Dann schlug ihm ein marokkanischer Soldat auf den Hinterkopf. Und obwohl er nicht mehr atmen konnte, sprang ihm ein weiterer Soldat mit seinen Stiefeln auf die Brust. Als sie merkten, dass er tot war, sammelten sie den ganzen Müll ein und deckten ihn damit zu.«*

*spiegel.de, Was am Grenzzaun von Melilla wirklich geschah, Videoskript, 30. November 2022



Sevilla, 27. Juni 2022:
Protest von Bürger*innen und
Geflüchteten gegen die tödlichen
Vorfälle in Melilla.

REGIERUNG GREIFT DEN RECHTSSTAAT AN

Anders als manch anderer EU-Staat gibt sich Ungarn keinerlei Mühe, verbrecherische Pushbacks zu verbergen. Stolz werden die illegalen Zurückweisungen in offiziellen Statistiken aufgeführt. 2021 waren es über 46.000*, 2022 über 150.000**. Obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 2021 urteilte, dass Ungarn gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt, wird bis heute weiterhin jeder Mensch, ob Frau, Mann oder Kind, nach Serbien zurückgezwungen.***

Dass die Repression von Flüchtlingen nur ein Anfang ist und im nächsten Schritt die Rechte aller Staatsbürger*innen angegriffen werden, hat sich in Ungarn längst bewahrheitet. Das »Stopp-Soros-Gesetz« Viktor Orbáns kriminalisierte alle, die es wagten, Schutzsuchenden zu helfen. Im November 2021 urteilte der Europäische Gerichtshof das Gesetz verstoße gegen EU-Recht. Im September 2022 stellte das Europäische Parlament fest, das Fehlen entschlossener Maßnahmen der EU habe zu einem »Zerfall der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Ungarn beigetragen«.****

PRO ASYL
Partner vor Ort:
Hungarian Helsinki
Committee

*proasyl.de, Ungarn: »Es lohnt sich, den Kampf anzunehmen«, 19. November 2021, **ecre.org, EU Eastern Borders, 07. April 2023

***proasyl.de, Prügel, Hundebisse, Pushbacks: Alltag von Geflüchteten an der serbisch-ungarischen Grenze, 11. Mai 2022

****europarl.europa.eu, Ungarn: Zerfall der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte, 15. September 2022

»WIR KÖNNEN GEWINNEN, ALSO MACHEN WIR WEITER«.*

Anikó Bakonyi vom Hungarian Helsinki Committee. Die Organisation wurde 2018 mit dem PRO ASYL-Menschenrechtspreis ausgezeichnet.

**Zivilgesellschaftlicher Widerstand
gegen das »Stopp-Soros-Gesetz«
am 24. November 2018 in Budapest.**

Gewalt an der kroatisch-bosnischen Grenze: Maskierte uniformierte Männer (vermutlich offizielle Polizeikräfte ohne Abzeichen) im Einsatz bei illegalen Abschiebungen.

Quelle: Videorecherche von
lighthousereports.com und
ARD-Wien

»GO! GO TO BOSNIA!«*

MIT GEWALT IN DEN SCHENGEN-RAUM

»Menschen schreien vor Schmerzen, sie stöhnen und wimmern. Kräftige Männer in dunkler Uniform stehen ... auf der kroatischen Seite der Grenzlinie. Sie prügeln auf Afghanen und Pakistaner ein, die gekommen sind, um in Europa um Asyl zu bitten«.*

Seit Jahren gibt es Berichte über gewaltsame und systematische Pushbacks unter der Regie des kroatischen Innenministeriums unter dem Namen »Operation Korridor«. Trotz Zeugenaussagen ehemaliger Mitarbeiter und eindeutiger Indizien** bestreitet das Ministerium jede Beteiligung. Angesichts der Verletzungen von Pushback-Opfern behaupten die kroatischen Behörden, »dass die Flüchtlinge ... sich mit Kirschsirup einschmierten, um blutende Wunden vorzutäuschen«.* **Dennoch wurde Kroatien von den EU-Innenminister*innen Anfang 2023 als neues Mitglied in den Schengen-Raum aufgenommen. Fazit: Wer Schutzsuchende misshandelt, wird von der Europäischen Union am Ende auch noch belohnt.**

PRO ASYL

Partner vor Ort:

Centre for Peace
Studies

*spiegel.de, Die Schattenarmee, die Flüchtlinge aus der EU prügelt, 10. Oktober 2021, **spiegel.de, Die verräterischen WhatsApp-Nachrichten der »Operation Korridor«, 06. April 2023

ILLEGALE GEWALT – IGNORANTE BEHÖRDEN

Der 19-jährige Abdullah hätte seinen Versuch, im EU-Land Bulgarien Schutz zu finden, beinahe mit dem Leben bezahlt: »Ich hätte nie gedacht, dass auf mich geschossen wird. In einem Land, das sich europäisch nennt«. Trotz zahlreicher Hinweise auf den Waffengebrauch, behauptet das bulgarische Innenministerium, » ... von ihrer Seite seien aber keine Schüsse abgegeben worden«.*

Auch von einem illegalen Flüchtlingsgefängnis, das Bulgarien in der Kleinstadt Sredez betreibt, will niemand etwas wissen. »Es ist eine Baracke mit Eisenstäben. Am Boden Abfall, auf Kartonfetzen kauern Flüchtlinge.«** Nebenan parkt mehrfach ein Auto der EU-Grenzagentur Frontex: »Damit konfrontiert, schreibt Frontex: Die eigene Grundrechts-Abteilung werde sich den Fall genau anschauen. Frontex-Beamte seien »... grundsätzlich nicht in Asylverfahren in Bulgarien involviert«.*** In einem anderen Zusammenhang kritisierte das ZDF Einschränkungen der Pressefreiheit bei Versuchen, aus der Grenzregion zu berichten.***

Obwohl die menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Verstöße seit langem bekannt sind, befürwortete Innenministerin Nancy Faeser die Aufnahme Bulgariens in den Schengen-Raum, was jedoch am Einspruch Österreichs scheiterte. Dessen Innenminister monierte zu viele illegale Grenzübertritte.****

*tagesschau.de, Flüchtling an der EU-Außengrenze angeschossen, 05. Dezember 2022, **srf.ch, Eingesperrt und misshandelt an der EU-Außengrenze, 09. Dezember 2023, ***zdf.de, Freie Presse in Bulgarien: Grenzwertig, 02. Februar 2023, ****zdf.de, Kroatien tritt 2023 Schengen-Raum bei, 08. Dezember 2022



Heimliche Aufnahme
eines »inoffiziellen Haft-
lagers« in der bulgari-
schen Kleinstadt Sredez.
Quelle: Recherche von
lighthousereports.com

**»ES WURDE VEREINBART, DASS GEGUCKT
WIRD: SIND FORTSCHRITTE ERZIELT
WORDEN? SIE SIND ERKENNBAR ERZIELT
WORDEN.«**

Nancy Faeser, Bundesinnenministerin, bei den Verhandlungen zur Aufnahme Kroatiens,
Bulgariens und Rumäniens in den Schengen-Raum****

AUSNAHMEZUSTAND MIT TODESFOLGE

Abgesehen von der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge seit Kriegsbeginn im Februar 2022 verweigert das EU-Mitglied Polen jegliche Solidarität im Flüchtlingsschutz. Als ab Mai 2021 nicht-europäische Schutzsuchende über die belarussische Grenze ins Land kamen, waren die Reaktionen entsprechend. Gedeckt durch die Regierung begann das Zurückprügeln Schutzsuchender über die Grenze nach Belarus. Mindestens 48 Menschen kamen seitdem ums Leben, Hunderte werden vermisst.*

Im September 2021 rief Polen den Ausnahmezustand aus. Die völkerrechtswidrigen Zurückweisungen wurden durch ein Ausweisungsgesetz »legalisiert«. Zu der über 400 Kilometer langen Sperrzone an der Grenze zu Belarus hatten ab diesem Zeitpunkt weder die Presse noch Menschenrechts- oder Hilfsorganisationen Zugang. Schwersten Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Einsatzkräfte wurde damit der Weg geebnet.

Im August 2022 wurde der von Stacheldraht gesäumte, vier Meter hohe und über 186 Kilometer lange Grenzzaun zu Belarus fertiggestellt.

PRO ASYL
Partner vor Ort:
Helsinki Foundation
for Human Rights

*Stand Februar 2023, PRO ASYL-Bericht zur Lage an der polnisch-belarussischen Grenze, Interview mit dem syrischen Flüchtling Enis,

***sz.de, Ein Zaun gegen Geflüchtete – Mehr als 186 km lang, 30. Juni 2022

»IN POLEN GIBT ES KEIN ASYL, HIER KOMMT IHR NUR DIREKT INS GEFÄNGNIS.«

Polnischer Grenzbeamter**

Der Zaun an der 502 Kilometer
langen Grenze zu Belarus ist
für den polnischen Premiermi-
nister Mateusz Morawiecki ein
»Ausdruck der Leistungsfähig-
keit« seines Landes.***



MENSCHENRECHTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT UNTER DRUCK: PLÄNE DER EUROPÄISCHEN UNION

Die tolerierte und legitimierte Gewaltanwendung an den Außengrenzen zeigt, wie weit sich die Europäische Union bereits von der umfassenden Gültigkeit der Menschenrechte und von rechtsstaatlichen Prinzipien entfernt hat. **Sollten die aktuellen Pläne für ein Europäisches Asylsystem (GEAS) realisiert werden, unterminiert die EU endgültig diese grundlegenden Werte.**

Planungspunkte sind unter anderem:

- Die Fiktion der Nicht-Einreise: Screening, Asyl- und Abschiebungsgrenzverfahren sollen unter haftähnlichen Bedingungen direkt an den Außengrenzen durchgeführt werden. Solange diese Verfahren laufen, gelten die Betroffenen als »nicht eingereist«.
- Eine Ausweitung des Konzepts der »Sicheren Drittstaaten«: Um Flüchtlinge ohne Prüfung ihres Asylantrags sofort und noch einfacher zurückschicken zu können, sollen bei der Klassifizierung »Sicherer Drittstaaten« unter anderem Anforderungen wie die Gültigkeit der Genfer Flüchtlingskonvention abgesenkt werden.
- Sogenannte Instrumentalisierungs- und Krisenverordnungen: Bestandteil wäre aller Voraussicht nach ein (zeitlich begrenztes) Sonderasylrecht, das z.B. die Aussetzung der Registrierung von Asylsuchenden gestatten würde.

- Ein Festhalten am Prinzip der Ersteinreise: Auch künftig soll in der Regel der EU-Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sein, in den Schutzsuchende eingereist sind. Wenn weiterhin ein verbindlicher EU-Solidarmechanismus bei der Aufnahme Geflüchteter fehlt, bedeutet dies: Die illegalen Pushbacks und schweren Menschenrechtsverletzungen durch Grenzstaaten werden weitergehen.

Wie Deutschland sich verhält:

Nachdem sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag eindeutig für eine menschenrechtlich basierte europäische Flüchtlingspolitik positionierte, gerät sie zunehmend ins Wanken:

- Im Juni 2022 stimmte sie im EU-Rat der »Screening-Verordnung« zu. Diese erlaubt, Schutzsuchende für fünf bis zehn Tage an der Grenze festzusetzen, in denen sie als »nicht eingereist« gelten.
- Trotz schwerer Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen plädierte sie im EU-Rat im Dezember 2022 für die Aufnahme Kroatiens, Bulgariens und Rumäniens in den Schengen-Raum.*
- Im Mai 2023 erklärte sie sich grundsätzlich dazu bereit, einem Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen an der EU-Außengrenze zuzustimmen.

*zdf.de, EU-Innenminister stimmen zu: Kroatien tritt 2023 Schengen-Raum bei, 08. Dezember 2022, **merkur.de, Anreiz oder Strafe? Faeser streitet sich mit EU um die richtige Abschiebepaxis, 26. Januar 2023

WENN MENSCHENRECHTE VERSCHWINDEN: WAS KÖNNEN WIR DAGEGEN TUN?

Völkerrecht und EU-Recht müssen an den EU-Außengrenzen durchgesetzt werden. Die Erosion der Menschenrechte in der Europäischen Union muss gestoppt werden. Dazu zählt, dass Pushbacks und das Leiden der Schutzsuchenden an den Außengrenzen endlich beendet werden. Diesen Anspruch formulierte auch die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag. Auch die EU-Kommission müsste sich dem Ziel verpflichtet sehen, die menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Grundlagen der Europäischen Union zu schützen. Diese Aufgabe erfüllt sie nicht!

PRO ASYL fordert:

1. Mitgliedsstaaten, die gegen die Fundamente der EU – Menschenwürde, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – verstoßen, sind zu sanktionieren. **Vertragsverletzungsverfahren müssen eingeleitet, der Transfer von EU-Fördermitteln muss überprüft werden.** Es darf keine Finanzierung von Menschenrechtsverletzungen geben.
2. Um Rechtsverstöße aufzudecken, zu ahnden und künftig zu verhindern, benötigen wir einen **unabhängigen Überwachungsmechanismus an den EU-Außengrenzen.**

3. Eine **zivile EU-Seenotrettung** muss sofort aufgebaut werden. Damit nicht noch mehr Menschen sterben, müssen **sichere Fluchtwege** nach Europa z.B. über humanitäre Visa und Aufnahmeprogramme geschaffen werden.
4. **Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen stellen eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte dar. Schutzsuchende haben ein Anrecht auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren und menschenwürdige Aufnahme in der EU.** Der Flüchtlingsschutz darf nicht an Drittstaaten ausgelagert werden.
5. **Die EU braucht einen verbindlichen Solidarmechanismus: Die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine zeigt, wie dies funktionieren kann.** Sie haben die freie Wahl ihres Schutzlandes, familiäre und soziale Bindungen erleichtern das schnelle Ankommen in der Gesellschaft. Dieses Konzept sollte auch für andere Flüchtlinge umgesetzt werden.

DAS EUROPaweITE NETZWERK VON PRO ASYL: FÜR MENSCHENRECHTE, DEMOKRATIE UND RECHTS- STAATLICHKEIT

Die repressive Flüchtlingspolitik, die Unterminierung der Gültigkeit der Menschenrechte und der massive Zerfall der Rechtsstaatlichkeit in einigen EU-Ländern zeigen deutlich, dass sich die Europäische Union in einer zutiefst krisenhaften Situation befindet.

PRO ASYL arbeitet in Projektkooperationen zusammen mit Partnerorganisationen europaweit gegen diese Entwicklung, die uns mit großer Sorge erfüllt. Dazu benötigen wir die Unterstützung der Zivilgesellschaft – europaweit. Es geht um nicht weniger als die universelle Gültigkeit der fundamentalen Grundwerte der EU: Menschenwürde, Menschenrechte, Demokratie, Freiheit.

Bitte unterstützen Sie den Einsatz von PRO ASYL. Mit Ihrer Mitgliedschaft und mit Ihrer Spende setzen Sie ein wertvolles Zeichen dafür, dass ein Europa der Menschenrechte, der Humanität und der Solidarität möglich ist!

www.proasyl.de

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln, IBAN DE70 3702 0500 5050 5050 50, BIC BFSWDE33XXX

**Europäische
Kooperationspartner
von PRO ASYL**

Bild: © PRO ASYL



Deutschland
PRO ASYL e.V.

Polen
**Helsinki Foundation
for Human Rights**

ECCHR

Ukraine
bordermonitoring.eu

Belgien
**Europäischer Flüchtlingsrat
ECRE**

Border Violence Monitoring Network

Hungarian Helsinki Committee

Schweiz
**Schweizerische
Flüchtlingshilfe und
Border Forensics**

Centre for Peace Studies

Serbien
klikAktiv

Rumänien

Bulgarien

Griechenland
PRO ASYL/RSA

Türkei
Mülteci-DER

Malta
Aditus Foundation

Italien
Projekt Maldusa

**Border
Forensics**

Frankreich

Spanien

Italien

Österreich

Slowenien

Kroatien

Ungarn

Slowakei

Tschechien

Belgien

